

Hinrichtungen im Akkord

Kritik an Exekutionen in Pakistan

Seit dem verheerenden Anschlag von Peshawar Ende letzten Jahres vollstreckt Islamabad wieder Todesurteile. Im Schnitt wird eine Hinrichtung pro Tag vollzogen. Manche Geständnisse kommen unter Folter zustande.

Volker Pabst, Delhi

Mit dem Ramadan hat in Pakistan auch die temporäre Aussetzung von Hinrichtungen ein Ende genommen. Islamabad hatte während des islamischen Fastenmonats auf Exekutionen verzichtet, die Rückkehr zu einem generell gültigen Moratorium stand aber nie zur Debatte. Seit letzter Woche werden wieder Hinrichtungsbescheide vergeben.

An dritter Stelle weltweit

In Reaktion auf den Terroranschlag auf eine Schule in Peshawar vergangenen Dezember hatte Premierminister Nawaz Sharif ein seit 2008 geltendes Moratorium teilweise aufgehoben und Hinrichtungen von Personen, die im Zusammenhang mit Terrorismusfällen verurteilt worden waren, wieder zugelassen. Dadurch sollte die Öffentlichkeit besänftigt werden, die über die Unfähigkeit zur Verhinderung dieses Anschlags mit insgesamt 148 Todesopfern erobert war und ein entschlossenes Vorgehen gegen Terroristen forderte. Weitere Massnahmen umfassten die Erlaubnis für Militärgerichte, gegen zivile Terrorverdächtige vorzugehen, und einen spürbar erhöhten Druck auf die afghanischen Flüchtlinge im Land, die als Sündenböcke herhalten mussten.

Im März wurde das Moratorium auch für Kapitalverbrechen ohne terroristischen Bezug aufgehoben. Seither wird im Schnitt fast täglich ein Todesurteil vollzogen, seit Januar wurden 180 Personen hingerichtet. Damit steht das Land hinter China und Iran an dritter Stelle weltweit. Wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, besteht bei fünf von sechs Hingerichteten kein Terrorismusbezug. Menschenrechtsorganisationen schätzen, dass in Pakistan über 8000 Personen im Todestrakt sitzen. Offizielle Statistiken dazu gibt es nicht.

Nicht nur wegen der schieren Zahl an Hinrichtungen steht Islamabad zunehmend in der Kritik. Menschenrechtsaktivisten erklären, dass viele Geständnisse, die zum Todesurteil führen, unter Folter abgepresst werden. Zudem werde die Kapitalstrafe vor allem gegen Mittellose verhängt. Dass man sich durch die Zahlung von Blutgeld an die Hinterbliebenen bei einem Mordfall freikaufen kann, verschärft diese Tendenz. Die relativ hohe Summe können Bessergestellte leichter aufbringen.

Fragwürdige Blasphemiefälle

Das Blasphemiegesetz wiederum lädt in den Augen vieler zur Unterdrückung religiöser Minderheiten ein. Zwar wurde noch keine wegen Blasphemie verurteilte Person hingerichtet. Erst letzte Woche hat das höchste Gericht des Landes die Vollstreckung des Urteils an der Christin Asia Bibi erneut ausgesetzt, deren Fall einige internationale Aufmerksamkeit erregt hatte. Auch in Pakistan spaltet das Blasphemiegesetz die Geister. Zwei hochrangige Politiker, die sich für Bibi eingesetzt hatten, wurden 2011 innert weniger Monate Opfer islamistischer Terroranschläge.

Auch andere Einzelschicksale rücken Pakistans Exekutionspolitik immer wieder in den Fokus. Amnesty International betreibt eine Kampagne für den als geistig behindert geltenden Khizar Hayat, der am Dienstag gehängt werden soll. Am Montag wurde ein neuerlicher Exekutionsbefehl für Shafqat Hussain erlassen, der zum Zeitpunkt der Tat noch minderjährig gewesen sein soll. In beiden Fällen verstiesse eine Hinrichtung gegen geltende Menschenrechtskonventionen, die auch Pakistan unterzeichnet hat.

Ein Millionengeschäft mit Asylbewerbern

Gegen einflussreiche Politiker in Sizilien wird ermittelt

Das Flüchtlingszentrum von Mineo auf Sizilien ist das grösste in Europa. Beträchtliche Mittel fliessen ihm zu, doch ein Teil des Geldes kommt nicht den Insassen des Zentrums zugute.

Vanessa Simili

Anna Aloisi, die Gemeindepräsidentin von Mineo auf Sizilien, steht unter Verdacht. Sie ist Präsidentin des Konsortiums, das auf der Insel das grösste Aufnahmezentrum Europas für Asylbewerber betreibt. Das Accoglienza per Richiedenti Asilo (Cara) beherbergt mehr als 3000 Personen. Im Rahmen der Untersuchungen «Mafia Capitale» werfen die Strafverfolgungsbehörden der Gemeindepräsidentin jetzt Straftaten mafiöser Art vor: Korruption, Störung des Wettbewerbsverfahrens, gefälschte Rechnungsstellung, betrügerische Geldüberweisungen. Bei einer Durchsuchung ihres Büros wurde Beweismaterial beschlagnahmt; die Dokumente werden nun untersucht. «Sie werden nichts finden, absolut nichts», sagt Anna Aloisi auf Anfrage.

Versickertes Geld

In die Ermittlungen einbezogen sind fünf weitere Politiker und Verantwortliche des Aufnahmezentrums auf Sizilien. Nach Erkenntnissen der italienischen Staatsanwaltschaft Catania haben sie zwischen August 2011 und September 2014 «das Wettbewerbsverfahren durch kriminelle Taten gestört».

Die italienische Anti-Korruptions-Behörde hatte am 25. Februar in einem Gutachten festgehalten, die Ausschreibung von 2014 für den Betrieb des Aufnahmezentrums während dreier Jahre sei gesetzwidrig durchgeführt worden; es geht um einen Auftrag von 98 Millionen Euro. Daraufhin kündigte Aloisi die Auflösung des Konsortiums an. Mit dem Aufnahmezentrum will sie nichts mehr zu tun haben. «Ich warte noch immer darauf, dass man uns dankt für die Aufnahme von gegen 4000 Asylbewerbern. Stattdessen wurden wir sehr schlecht behandelt», sagt sie.

Die Präfektur hatte 35 Euro täglich pro Migrant bezahlt. Davon gingen bisher 50 Cent an das Konsortium, für die administrativen Kosten. Pro Jahr sind das 730 000 Euro. Der italienische Rechnungshof hat nun interveniert und die Zahlungen blockiert: Das Innenministerium und die Präfektur hätten die Gelder nicht genehmigen dürfen, das Konsortium müsse sich selber finanzieren. «Stellen Sie sich das mal vor, die Bürger nehmen die Flüchtlinge auf und müssen noch dafür bezahlen. Die aus dem Norden machen es gut, keine Migranten aufzunehmen», sagt Aloisi.



Das Aufnahmezentrum in Mineo beherbergt mehr als 3000 Flüchtlinge.

ANTONIO PARRINELLO / REUTERS

Aus dem Befund des Rechnungshofs vom 12. Februar 2015 geht zudem hervor, dass die tatsächlichen Kosten pro Migrant und Tag sich auf 29 Euro 50 beliefen, das ergibt eine Differenz von 5 Euro 50 pro Migrant und Tag – für das ganze Aufnahmezentrum demnach einen Fehlbetrag von über 6 Millionen Euro im Jahr. Dem sei Rechnung getragen worden, heisst es vonseiten des Ministeriums. Inwiefern, ist unklar, für genauere Auskünfte stand niemand zur Verfügung.



«Ich bin die korrekteste Person, die man sich denken kann.»

Anna Aloisi
Gemeindepräsidentin von Mineo

«Mineo ist im Stich gelassen worden. Gauner haben hinter unserem Rücken Straftaten begangen. Es ist richtig, dass sie bestraft werden. Wir sind Opfer eines Systems, das grösser ist als wir», sagt Aloisi. Sie habe maximales Vertrauen in die Justiz. Diese wisse Opfer von Tätern zu unterscheiden. Was Aloisi nicht erwähnt: Innenminister Angelino Alfano hatte Mineo sehr wohl unter die Arme gegriffen. Im Stabilitäts-

gesetz für 2014 gestand er Gemeinden mit einem Aufnahmezentrum, das über 3000 Migranten aufnimmt, 3 Millionen Euro zu. In ganz Italien hat Mineo das einzige Aufnahmezentrum mit so vielen Insassen.

Inzwischen werden Zweifel an der Verwendung der Gelder laut. Die Gemeinde habe mit Geld, das für die Migranten bestimmt gewesen sei, Feste finanziert, heisst es. «Ich möchte wissen, wohin die 3 Millionen Euro geflossen sind», sagt der linke Parlamentarier Erasmo Palazzotto. Er weist darauf hin, dass der Innenminister Alfano, der ehemalige Provinzpräsident Castiglione und die Gemeindepräsidentin Anna Aloisi alle dem Nuovo Centro Destra angehören.

Der Auftrag für den Betrieb des Aufnahmezentrums ging im Juli 2014 an die Casa della Solidarietà, eine neue Vereinigung mehrerer Firmen und Institutionen. Der einzige Konkurrent im Wettbewerb war Cot Ristorazione von Emanuele Ribaldo, der sich bereits zum zweiten Mal beworben hatte. Er wurde vom Wettbewerb ausgeschlossen wegen «Nicht-Erfüllens der Teilnahmebedingungen», wie es im Protokoll heisst. Ribaldo legte den Fall der Anti-Korruptions-Behörde vor, mit dem Argument, die Teilnahmebedingungen seien manipuliert worden.

Aloisi, als Gemeindepräsidentin seit 2013 im Amt, hat bei einem Gespräch

vor einem Jahr die Vorteile des Aufnahmezentrums für Mineo hervorgehoben, etwa die 100 Arbeitsplätze, die es dort gebe. Die Opposition warf ihr schon damals vor, ein Geschäft mit den Flüchtlingen und Vetternwirtschaft bei der Vergabe von Arbeitsplätzen im Aufnahmezentrum zu betreiben.

Rücktritt gefordert

Jetzt fühlt der Oppositionsführer Pietro Catania sich bestätigt. «In Mineo wusste man um den Fall des Aufnahmezentrums Bescheid, aber von der Regierung hat niemand den Mut aufgebracht, zu intervenieren.» Er fordert den Rücktritt der Gemeindepräsidentin. Das aber steht für Aloisi ausser Frage. «Niemals werde ich zurücktreten. Warum sollte ich? Das Amt ist mit vielen Opfern verbunden, die ich gebracht habe.» Die Bevölkerung stehe ihr nahe und zeige grosse Solidarität, so Aloisi. «Weil sie mich kennen. Ich bin die korrekteste Person, die man sich denken kann.»

Nun wird die Präfektur anstelle des Konsortiums fürs Erste die Führung des Aufnahmezentrums übernehmen. Angeblich soll es aufgelöst und dafür kleinere Zentren geografisch verteilt in der Provinz Catania geschaffen werden.

Vanessa Simili ist freischaffende Journalistin und lebt in der Schweiz.

Träume und Albträume der finnischen Nationalisten

Ein Parlamentsabgeordneter der Finnen-Partei sorgt mit einem Facebook-Eintrag für Empörung

Ein Parlamentarier der rechtsnationalen Finnen-Partei provoziert mit fremdenfeindlichen Äusserungen. Sein Parteichef, Aussenminister Timo Soini, schweigt dazu. Doch der Druck auf ihn wächst – auch in seiner eigenen Partei.

Rudolf Hermann, Stockholm

Olli Immonen, ein radikaler Exponent der rechtsnationalen Finnen-Partei, hat mit fremdenfeindlichen Ausfälligkeiten einen Sturm der Entrüstung provoziert. Immonen liess Ende vergangener Woche verlauten, er träume von einer «starken und tapferen finnischen Nation, die den Albtraum namens Multikulturalismus zu besiegen vermag». Für das Vaterland und die «einzige finnische Nation» werde man bis zum Ende

kämpfen und dabei siegen. Die Äusserungen erschienen auf Englisch auf Immonens Facebook-Seite.

Lauwarme Reaktion

Der 29-jährige Immonen ist Parlamentsabgeordneter der Finnen-Partei für den Wahlbezirk Oulu. Mit fremdenfeindlichen Aktionen fällt er nicht zum ersten Mal auf. Im Juni liess er sich zusammen mit Vertretern einer als nazistisch geltenden Organisation ablichten. Schon früher hatte er ein Register ange-regt, das die ethnische Zugehörigkeit der finnischen Bürger erfassen solle.

Vom Vorsitzenden der Finnen-Partei, Aussenminister Timo Soini, war bisher kein Kommentar zu Immonens Gebaren zu erhalten. Sampo Terho, der Fraktionschef der Partei, bemerkte zunächst lediglich, es handle sich um die persönlichen Ansichten eines Abgeordneten. Auf ähnliche Weise hatte

sich Terho schon im Juni um eine Stellungnahme zu Immonens kontroversen Posieren mit Rechtsextremisten gedrückt. Laut Medienberichten erklärte Terho aber am Sonntag schliesslich, Immonens Äusserungen könnten der Reputation der Finnen-Partei Schaden zufügen.

Damit wäre für die zweitgrösste parlamentarische Partei ein möglicher Grund zu einer Disziplinierung oder sogar einem Ausschluss Immonens gegeben; umso mehr, als nach der Zeitung «Ilta-lehti» die Partei von ihren Abgeordneten ein würdiges Auftreten fordert. Doch bis jetzt deutet wenig darauf hin, dass die Parteispitze um Soini sich mit dem Fall ernsthaft auseinanderzusetzen gedenkt. Die «Helsinki Times» schrieb, die Finnen-Partei beabsichtige, sich an der ersten Sitzung nach der Sommerpause mit der Frage zu befassen, was Abgeordnete auf Social Media schreiben könnten. Der Partei-Medien-

sprecher Matti Putkonen erklärte, der Fraktionschef Terho werde die Sache im Namen der Parteiführung behandeln. Soini solle man seine verdienten Sommerferien gönnen.

Kritik am Parteichef

Soinis Vorgänger im Amt des Aussenministers, der Sozialdemokrat Tuomioja, will dies jedoch nicht akzeptieren. Soini scheine ausserstande, auf die Kommentare und Aktionen Immonens und von dessen rechtsextremen Sympathisanten zu reagieren, sagte er. Der Vorsitzende des parlamentarischen Aussenausschusses, Kaikkonen, rief Soini auf, sowohl als Aussenminister wie auch als Parteichef Stellung zu nehmen. Ministerpräsident Sipilä schliesslich twitterte, er könne Immonens Worte nicht akzeptieren. Er wolle Finnland als offenes, internationales Land mit sprachlicher und kultureller Vielfalt entwickeln.